Liebe Regensburger*innen,

das Motto der diesjährigen interkulturellen Tage lautet #offengeht. Ein schönes Motto, da es je nach Satzzeichen zur Diskussion einlädt, zur Selbstbestätigung für die eigene Arbeit oder aber auch als Ausruf ganz klar zu sagen was geht, und was nicht geht. Und doch scheint mir in Deutschland, in der EU und auf der Welt im Moment nicht so viel zu gehen, wie es der Situation angemessen wäre.

Die Zahl der Geflüchteten hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, doch Deutschland nimmt so wenige Menschen auf, wie zuletzt 2012. Dabei hat Deutschland eine Verantwortung im doppelten Sinne. Zum einen eine historische, zum anderen eine gegenwärtige.

Zur historischen Verantwortung:

- Hätten während der NS-Zeit andere Länder das Recht auf Asyl ernst genommen, hätten tausende Menschenleben – tausende Jüdinnen und Juden, Sinti*zze und Rom*nja – gerettet werden können. Doch die Schiffe, die Menschen in Sicherheit hätten bringen sollen, wurden u.a. von den USA oder Kanada abgelehnt und mussten in den sicheren Tod nach Deutschland zurückfahren. Aufgrund von diesen Gegebenheiten hat die Bundesrepublik zu ihrer Gründung in ihr Grundgesetz ein klares Recht auf Asyl festgehalten. Doch diese Gesetze werden seit den 90er Jahren ausgehöhlt. Der Rechte Mob, der Anfang der 90er Jahre u.a. in Rostock-Lichtenhagen Geflüchtetenunterkünfte angriff, führte zur ersten Entkernung des Asylrechts. Entrechtung und Drangsalierung gehört heute zum Alltag Geflüchteter in Deutschland. Und das entsetzliche: Seit den 90er Jahren ist nichts besser geworden. Mit den aktuellen Gesetzen ist das Erstankunftsland der EU zuständig für das Asylverfahren. Sollte es dennoch eine Person bis in die Bundesrepublik schaffen, warten Lager und Co. Eine Abschiebung innerhalb der EU findet regelmäßig statt. Faire Asylverfahren sind schon lange eher ein Wunsch als Realität.
- Wir haben eine historische Verantwortung aus unserer Kolonialgeschichte. Denn Deutschland hat den Afrikanischen Kontinent genauso mit ausgebeutet, wie England oder Frankreich. Den sogenannte „Platz an der Sonne“ wollte man sich nicht nehmen lassen. Die Folge war eine der brutalsten Kolonialherrschaften mit den ersten Experiementen zum reibungslosen Massenmord an tausenden von Menschen – die Vorläufer der Konzentrationslager in der NS-Zeit. Der Genozid an den Herero und Nama im Namibia ist nach wie vor maximal unzureichend aufgearbeitet. Die Anerkennung des Genozids erfolgte erst im Mai diesen Jahres durch die deutsche Bundesregierung nach Jahrzehnte langem Kampf durch Betroffene und Unterstützer*innen. Raubgüter stehen nach wie vor in deutschen Museen und befinden sich im Privateigentum der Nachfahren der Täter*innen. Diese zweite, historische Verantwortung bringt uns dann auch in die Gegenwart.

Denn bis heute sind die Nachwirkungen der grausamen Kolonialherrschaft auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent zu spüren und zu sehen, nicht zuletzt durch die Auswirkungen des Klimawandels auf diese Regionen. Die Klimakrise wird jeden Tag von Deutschland befeuert – im wahrsten Sinne des Wortes. Jeden Tag, an dem wir nicht an den Klimazielen arbeiten und konsequenten Klimaschutz betreiben, führt zu mehr flüchtenden Personen. Bis 2050 – in knapp 30 Jahren! – sollen es aufgrund des Klimawandels bis zu 200

Millionen Menschen sein. Regionen dieser Welt werden aufgrund der Klimakrise unbewohnbar. Diese Unbewohnbarkeit wird zu unglaublichen Fluchtbewegungen führen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Es geht dabei nicht mehr um Menschen, die politisch verfolgt werden, oder einfach nur vor Armut und Perspektivlosigkeit fliehen, wie es heute schon millionenfach der Fall ist.

Den Klimawandel aufhalten können wir nicht mehr. Wir können ihn aber verlangsamen. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass sich die Welt verändert und an vielen Orten unbewohnbar wird. Also müssen wir auch hier dafür sorgen, dass Menschen die Möglichkeit haben aus ihrem, von Deutschland als einer der größten CO2-Emitenten mit verursachten, Leid an Orte zu kommen, an denen sie auch in Zukunft noch ein gutes Leben führen können. Doch als große Bremserin tritt hier die EU und seine von autoritären Machthabern und Klimawandel leugnenden Regierungen auf. Denn diese will den Klimawandel nicht als Fluchtgrund anerkennen und verwehrt schon heute Menschen ein Leben in Frieden und Sicherheit – ein Leben, welches von den sogenannten westlichen Ländern in anderen Gebieten der Welt verunmöglicht wurde. Zusätzlich werden die Mauern um die Festung Europa dicker, höher, engmaschiger. Mit dem geplanten Pakt zu Migration und Asyl wird es für Menschen, die vor Krieg, Armut oder vor klimatischen Extremereignissen fliehen wollen nahezu unmöglich einen Fuß auf europäischen Boden zu setzen. Ein teuflischer Pakt, der davon spricht Verantwortung in Europa gerecht zu verteilen. Und falls es Menschen aus Ghana, Eritrea, Syrien oder Libyen doch schaffen, können sie in Zukunft, je nach Erfolg oder Misserfolg ihres Asylverfahrens an der europäische Außengrenzen, bis zu zwei Jahre in Abschiebehaft kommen bevor sie durch die sogenannten Rückführungspaten – also europäische Ländern, die keine EU-Außengrenze haben und sich somit an den Kosten der Abschiebungen beteiligen – wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Welcher Zynismus, welche Verachtung.

Und vor alldem sagt die deutsche Gesellschaft, dass es „zu viele“ Geflüchtete gebe. Liebe Regensburger*innen, wir haben ein Rassismusproblem. Menschen sterben aufgrund ihres Geburtsortes und Nationalität an den Grenzen Europas; erfahren illegale Push-backs oder ertrinken im Mittelmeer. Und die Politik sieht zu, denn keine Regierung möchte die Menschen aufnehmen. Die schrecklichen Zustände der Lager Moria, Kara Tepe und Co. sind kein Versagen der Politik. Nein, sie sind gezielt herbeigeführt – ganz ohne die AfD in der Regierungsverantwortung wohlgemerkt. Das kann nicht die Politik sein, die sich auf Menschenrechte beruft. Lasst uns endlich für eine humane Geflüchtetenpolitik einstehen. Lasst uns laut für den sicheren Hafen werben und klar machen: Wir haben Platz! Gerade hier in Regensburg, denn: Bayern ist das einzige Bundesland, dass sich noch nicht bereiterklärt hat beispielsweise Geflüchtete aus Afghanistan aufzunehmen. Deshalb müssen wir uns der menschenfeindlichen Landesregierung entgegenstellen und zeigen was Solidarität bedeutet. Wir begreifen Migration und Vielfalt als Chance und Stärke. Wir machen uns stark gegen Rassismus.

Lasst uns in diesem Sinne das Motto der interkulturellen Wochen mit Leben füllen; lasst uns das Motto nicht nur als Selbstbestätigung für die, die es eh schon so sehen, begreifen, sondern als Aufforderung auch dann dafür einzustehen, wenn es möglicherweise unangenehm wird: in der Familie, unter Freund*innen, am Arbeitsplatz, im Sportverein; lasst uns gemeinsam zeigen: #offengeht!